

Zwischen Emanzipationskampf und Wohltätigkeit:
FRAUEN AN DER FÜRSORGEFRONT

90 Jahre sind vergangen, seit Frauen in Deutschland erstmals wählen und gewählt werden konnten; ebenso viele Jahre sind vergangen, seit zum ersten Mal eine Frau in einem demokratisch gewählten deutschen Parlament sprechen konnte. Viele Persönlichkeiten der Frauenbewegung haben lange vor der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert um diesen ersten Schritt zur Emanzipation gekämpft. Es waren sehr unterschiedliche, zum Teil sogar einander bekämpfende Zweige der Frauenbewegung. – In Berlin veranstalteten kürzlich DGB, ver.di und der Verband deutscher Schriftsteller eine Tagung, auf der verschiedene Aspekte des frühen politischen Engagements von Frauen für die Rechte der Frauen – unter besonderer Berücksichtigung von politisch aktiv gewesenen Schriftstellerinnen - behandelt wurden. Die Autorin befasste sich in ihrem Vortrag (der hier in leicht gekürzter Fassung wieder gegeben wird) mit dem Verständnis von „Fürsorge“, das die Frauenbewegung vor und nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatten.

Genau genommen ist, wie schon angedeutet, von mehreren Strömungen der Frauenbewegung jener Zeit zu sprechen - Strömungen, Flügel oder Zweige, die sich stark voneinander unterschieden: von der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung mit den Führungspersönlichkeiten Helene Lange und Gertrud Bäumer, von der proletarischen bzw. der Arbeiterinnenbewegung mit Clara Zetkin an der Spitze und vom radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, der sich mit den Vorkämpferinnen Lida Gustava Heymann, Anita Augsborg und Helene Stöcker von den so genannten gemäßigt Bürgerlichen getrennt bzw. ihm nie angehört hatte.

Wir sprechen außerdem von einer Zeit, die sich fast genau deckt mit den Jahren, in denen es vorübergehend ein deutsches Kaiserreich gab, in dem für die meisten männlichen Bürger das Dreiklassen-Wahlrecht nach preussischem Muster galt, Frauen aber überhaupt nicht wählen durften, in dem zudem Frauen in den meisten deutschen Ländern bis 1908 „politischen Vereinen“, also Parteien und Gewerkschaften, nicht einmal angehören durften und in dem obendrein von 1878 bis 1890 alle Basisaktivitäten einer Partei - der sozialdemokratischen - verboten waren.

Trotz dieser widrigen Umstände hat sich eine sehr aktive Frauenbewegung entwickelt, die wir seit wenigen Jahrzehnten „die erste“ nennen im Unterschied zur zweiten, die sich in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland formierte.

Zu den genannten Zweigen ein paar sie charakterisierende Stichworte, bevor von der titelgebenden „Fürsorgefront“ die Rede sein wird.

Radikale Bürgerliche

Die als „radikal“ bezeichnete Frauenbewegung hatte die wenigsten Mitglieder, wirkte aber trotzdem über etwa zwei Jahrzehnte tonangebend. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie bis dahin tabuisierte Themen ansprach, darunter die gesellschaftspolitischen Ursachen für Prostitution, die Rechtlosigkeit unverheirateter Mütter und ihrer Kinder, die unterschiedlichen moralischen Maßstäbe, die an das sexuelle Verhalten von Frauen und Männern angelegt wurden. Später, während der Weimarer Republik, kämpfte sie für die Abschaffung des § 218 StGB. Doch schon vor der Jahrhundertwende, und zwar früher und entschiedener als der gemäßigte Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, forderten die Radikalen um Lida Gustava Heymann

(1868-1943) und Anita Augspurg (1857-1943) für Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Zudem stimmte die radikale Frauenbewegung – ganz anders als die gemäßigte bürgerliche und zum geringen Teil auch die sozialistische Frauenbewegung – 1914 nicht ein in den Chor allgemeiner Kriegsbegeisterung. Die Radikalen arbeiteten, im Gegenteil, teils heimlich, teils aber auch offen an der Schaffung einer internationalen pazifistischen Frauenorganisation, also am Aufbau der späteren Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Damit begaben sie sich endgültig in Opposition zur Mehrheit der politisch Aktiven in der bürgerlichen Frauenbewegung. Nachdem Heymann und Augspurg 1915, also im zweiten Weltkriegsjahr, in Den Haag an einer internationalen Frauen-Friedenskonferenz teilgenommen hatten, wurden sie aus dem national-konservativ orientierten Bund Deutscher Frauenvereine ausgeschlossen.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit den Radikalen auch Helene Stöcker (1869-1943), die als Sexualreformerin große Bedeutung erlangte. Sie kämpfte für nichts weniger als für eine neue Ethik im Zusammenleben von Männern und Frauen, denn: „Klarer zeigt sich doch vielleicht nirgends die ganze Brutalität menschlicher Zustände als auf sexuellem Gebiet“ (1). Den Grundsatz der auf Eigenverantwortung und Dauer angelegten freien Liebe lebte Helene Stöcker auch selbst. Im wilhelminischen Deutschland rüttelte sie damit an den Grundfesten der Gesellschaft. Stöcker engagierte sich also für die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen, für das Recht der Frauen auf Geburtenkontrolle, für Geburtenplanung unter sozialen Aspekten und in diesem Zusammenhang für den Mutterschutz. Bei Beginn des Ersten Weltkriegs erweiterte sie ihre Vorstellungen von Mutterschutz zum, wie sie es nannte, „Menschenschutz“. Früh war sie der von Bertha von Suttner (1843-1914) gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft beigetreten und wurde zur radikalen Pazifistin. 1921 war sie Mitgründerin der Internationale der Kriegsdienstgegner.

Sowohl Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann als auch Helene Stöcker mussten viel später, unterm Nazi-Regime, im Ausland Zuflucht suchen. Alle drei Frauen starben während des Zweiten Weltkriegs im Exil.

Die sozialistische Frauenbewegung

Die proletarische Frauenbewegung versammelte Arbeiterinnen und in großer Zahl auch Arbeiterehefrauen. (Die Begriffe „proletarische“, „sozialistische“, „sozialdemokratische“ Frauenbewegung und „Arbeiterinnenbewegung“ werden in diesem Kontext gleichbedeutend verwendet.) Sie wurde bis in den Ersten Weltkrieg hinein von Clara Zetkin (1857-1933) geführt und dominiert – und zwar so stark, dass die etwa 15 Jahre vor und nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in der Frauenforschung vielfach als „Ära Zetkin“ bezeichnet werden. Aus Zetkins marxistischer Sicht war die Frauenfrage Teil der allgemeinen sozialen Problematik und als solche ein Klassenproblem. Verkürzt ausgedrückt: Mit der Lösung der Klassenfrage, also mit der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch der Ausbeutung durch die Besitzer von Produktionsmitteln, würde die Lösung der Frauenfrage gewissermaßen automatisch einhergehen. Hier befand sie sich in vollkommener Übereinstimmung mit den beiden bekanntesten Führern der Sozialdemokratie ihrer Zeit, mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Trotzdem - und anders als ihre Freundin Rosa Luxemburg – kämpfte Clara Zetkin zusätzlich und zeitlich parallel für die Frauenemanzipation. Als ersten und wichtigsten Schritt betrachtete sie die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen von ihren Männern, also die Frauenerwerbsarbeit. Zetkins mächtiges Sprachrohr war ab 1892 die sozialdemokratische Frauenzeitung „Die Gleichheit“, deren verantwortliche Redakteurin und Herausgeberin sie war, bis sie die Redaktionsleitung 1917 abgeben musste,

weil sie sich mit ihrer bedingungslosen Antikriegspolitik in Gegensatz zur SPD-Mehrheit begeben hatte.

Zwischen allen Stühlen: Lily Braun

In der „Gleichheit“ propagierte Clara Zetkin auch ihre Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung, deren Politik sie abfällig als bürgerliche Frauenrechtelei zu bezeichnen pflegte. Eine Zusammenarbeit von sozialistischer und bürgerlicher Frauenbewegung lehnte Zetkin aus prinzipiellen Erwägungen auch dort ab, wo gleiche Ziele verfolgt wurden, zum Beispiel beim Kampf für das Frauenstimmrecht. Wer Zusammenarbeit bei einzelnen politischen Aktionen trotzdem propagierte und womöglich praktizierte, hatte in der Arbeiterinnenbewegung zu Zetkins Zeiten keine Chance.

Das bekam unter anderem die begabte Schriftstellerin und engagierte Sozialdemokratin Lily Braun (1865-1916) zu spüren. Ihr wurden kurz nach der Jahrhundertwende alle Möglichkeiten zu politischen Aktivitäten innerhalb der SPD genommen; sie konnte also auch nicht mehr in der „Gleichheit“ veröffentlichen. Das lag keineswegs nur an ihrer Zustimmung zu gelegentlicher Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, sondern vor allem auch daran, dass Lily Braun beim so genannten Revisionismusstreit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei auf Seiten der politischen Reformen stand, was auch zum Ausdruck kam in ihrem Werk über „Die Frauenfrage – ihre geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung“ (2). Clara Zetkin dagegen setzte als orthodoxe Marxistin auf Revolution zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Persönlichkeiten mit abweichenden Überzeugungen duldet sie neben sich nicht. Ohnehin wirkte Lily Braun stets ein wenig exotisch innerhalb der an sich biedereren Sozialdemokratie. Sie stammte aus einer adeligen, jedoch verarmten preußischen Offiziersfamilie, legte Wert auf ein elegantes äußeres Erscheinungsbild und verdiente ihr Geld zeitweilig als Autorin von Romanen mit zum Teil familiengeschichtlichem Hintergrund.

Die gemäßigten Bürgerlichen

Für die bürgerliche Frauenbewegung stand zuallererst die Mädchen- und Frauenbildung auf der Agenda ihrer politischen Ziele. Helene Lange (1848-1930) erlebte als junges Mädchen schmerzlich die „geistige Trennung der Geschlechter“. Auf Umwegen und gegen viele Widerstände wurde sie 1876 Lehrerin an einer privaten höheren Mädchenschule in Berlin und Leiterin des dazu gehörigen Lehrerinnenseminars. Sie gründete den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein und die Zeitschrift „Die Frau“, die zum führenden Presseorgan der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung wurde. Lange war Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins und des Dachverbandes Bund Deutscher Frauenvereine. Er wurde 1894 gegründet und war sehr bald ein viel beachteter gesellschafts- und kulturpolitischer Faktor. Bis zum letzten Jahr vor dem Ersten Weltkrieg gehörten ihm bereits 2.200 Vereine mit etwa einer halben Million Frauen als Mitglieder an. Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine war von 1910 bis 1919 übrigens Langes erheblich jüngere Freundin Gertrud Bäumer (1873-1954). Auch Bäumer war Lehrerin geworden, zudem viel später Schriftstellerin. Die Zeitung „Die Frau“ gaben Bäumer und Helene Lange bis Langes Tod gemeinsam heraus. Und gemeinsam publizierten sie das fünfbandige „Handbuch der Deutschen Frauenbewegung“.

Helene Langes politische Ziele hatten nichts Umstürzlerisches und doch so vieles Neue. Zwar propagierte sie die Mütterlichkeit, wollte diese aber nicht auf die biologische Funktion der Frauen und auf deren Befähigung zur Erziehung ihrer Kinder reduziert wissen; vielmehr forderte sie für die Frauen

„freie Entfaltung aller ihrer Kräfte und volle Beteiligung am Kulturleben“. Gerade weil Frauen und Männer verschieden sind, werde „die Kultur um so reicher, wertvoller und lebendiger gestaltet, je mehr Mann und Frau gemeinsam an der Lösung aller Kulturaufgaben wirken“ (3). Die Befähigung zu dieser Mitwirkung aber setzte Bildung voraus. Deshalb wurde die Forderung nach Mädchenbildung und nach dem Frauenstudium in vielen unterschiedlichen Initiativen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins immer wieder öffentlich vorgebracht.

Konfessionelle Frauenorganisationen

An dieser Stelle kann keine Gesamtschau der deutschen Frauenbewegung geboten werden; aber zumindest erwähnt werden sollen die religiös gebundenen Frauenverbände: Der Deutsch-Evangelische Frauenbund konstituierte sich 1899 in Kassel, der Katholische Frauenbund Deutschlands 1904 in Köln; im gleichen Jahr wurde in Berlin der Jüdische Frauenbund gegründet. Die christlich orientierten Frauenvereine stärkten, soweit sie überhaupt beitraten, die Konservativen im Dachverband Bund Deutscher Frauenvereine. Es ging ihnen um politische Aufklärung und um Verbesserungen auf sozialem Gebiet. Das Frauenwahlrecht lehnten vor allem die Protestantinnen ausdrücklich ab. Minna Cauer (1841-1922), eine frühe Vorkämpferin der bürgerlichen Frauenbewegung mit Neigung zu den Radikalen, äußerte über die religiös ausgerichteten Frauenverbände: „Fast so schroff geschieden wie die proletarische und bürgerliche Frauenbewegung steht der größte Teil der kirchlich-christlichen Frauen der Frauenbewegung gegenüber und sieht in derselben eine Auflehnung gegen Gottes Ordnung“ (4).

„Unsäglicher Jammer“ - „heilige Schauer“

Was wir heute Sozialarbeit nennen, in früheren Jahren auch Wohlfahrtspflege, wurde damals – und lange Zeit darüber hinaus – als Fürsorge bezeichnet. Wie sich aus dem hier nur kurz skizzierten Wirken vor allem der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung einerseits und der proletarischen Frauenbewegung andererseits schlussfolgern lässt, hatten diese beiden sehr gegensätzlichen Zweige der ersten deutschen Frauenbewegung vom Begriff der Fürsorge ein sehr unterschiedliches Verständnis. Die Denksätze beider Strömungen können auf diesen – allerdings sehr verkürzten – Nenner gebracht werden: Die gemäßigt-bürgerliche Frauenbewegung empfahl und praktizierte gegenüber Armen Caritas in Form der sprichwörtlichen milden Gaben; bei der proletarischen Frauenbewegung stand im Vordergrund das Bewusstmachen der Ursachen von wirtschaftlicher Not, also die gesellschaftspolitische Aufklärung, und, daran knüpfend, Hilfe zur Selbsthilfe als gesetzlich zu verankernder Anspruch.

Es wäre verfehlt anzunehmen, dass der Erste Weltkrieg die ideologischen Unterschiede verschärft hätte. Das Gegenteil war der Fall. Zwar hatte sich die deutsche Sozialdemokratie über der Frage der Bewilligung weiterer Kriegskredite gespalten in eine zustimmende Mehrheit und eine ablehnende Minderheit; aber zum Einsatz an der „Heimatfront“ waren zunächst sogar solche Frauen bereit, die sich 1917 der neuen, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) anschlossen. Luise Zietz (1865-1922) gehörte zu ihnen. Sie war, nachdem ab 1908 Frauen auch in Preußen Parteimitglieder werden konnten, als erste und damals einzige Frau in den Parteivorstand der SPD gewählt worden. Kurz nach Kriegsbeginn entsprach ihre Haltung noch der SPD-„Linie“, die einen so genannten Burgfrieden mit dem Kaiserreich schloss, politische Auseinandersetzungen also hintan stellte. Ähnlich und nach heutigen Maßstäben schwer verständlich reagierten die deutschen Gewerkschaften sowie die Verbände der Ar-

beitgeber: Sie versprachen schon einen Tag nach Bekanntgabe der Mobilmachung die Einstellung sämtlicher Arbeitskämpfe für die Dauer des Krieges. In der „Gleichheit“ veröffentlichte Luise Zietz einen gemeinsamen Aufruf von SPD-Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften an die sozialdemokratischen Frauengruppen. „Angesichts der unsäglichen Not und dem (!) furchtbaren Jammer“ sollten sich alle proletarischen Frauen Deutschlands bereithalten für Hilfsaktionen, deren zentrale Punkte waren: „1. Auskunftserteilung; 2. Kommunale Arbeit; 3. Kinderfürsorge; 4. Kranken- und Wöchnerinnenhilfe“ (5). Da war nicht mehr die Rede von Bewusstseins-erweckung, Agitation, grundlegender Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Arbeit der sozialistischen Frauenbewegung wurde in fürsorgliche Bahnen gelenkt – zumindest für die Dauer des Krieges.

Ein Aufruf, wie die einzige SPD-Vorstandsfrau ihn am 28. August 1914 in der „Gleichheit“ veröffentlichte, hätte bei der deutschen Arbeiterbewegung in Vorkriegszeiten Entrüstungstürme ausgelöst; denn die Wohlfahrtspflege wurde von den Sozialdemokraten, salopp gesprochen, als Flickschusterei an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet, sogar als Versuch, die elenden Bedingungen, unter denen die meisten Proletarierfamilien leben mussten, zu vertuschen, ja, zu zementieren. Auf diesem sozialistischen Verständnis von Wohlfahrtspflege gründete etwa zwei Jahrzehnte zuvor auch die Ablehnung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung durch die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Sozialpolitik bestand für die Arbeiterbewegung im Kampf um den Achtstundentag, für die Abschaffung der Sonntagsarbeit, für freies Koalitionsrecht – nicht in der Schaffung von Sozialversicherungen, die, wie Clara Zetkin Anfang der 1890er Jahre in der „Gleichheit“ schrieb, „mit den Ursachen des sozialen Notstandes absolut nichts zu tun haben, dieselben gar nicht berühren und folglich den Namen Sozialreform mit Unrecht führen“ (6). Aber, wie gesagt, der Krieg veränderte die Situation vollkommen. Die Sozialisten – und vor allem die Sozialistinnen – wollten nicht abseits stehen, wollten das Feld der Fürsorge nun nicht den Bürgerlichen überlassen, wollten sich ebenso wenig entziehen wie die Mehrheit der SPD-Reichstagsabgeordneten bei der Bewilligung der Kriegskredite. Doch Begeisterung klang bei den Frauen, die ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung hatten, nicht durch. < Eine der Ausnahmen bildete die schon erwähnte Lily Braun. Sie war stolz darauf, dass Otto Braun, ihr einziges, abgöttisch geliebtes Kind, als Freiwilliger dabei war. Sie starb 1916 – bevor sie von seinem Tod an der Front erfahren konnte. >

Ganz anders als die Arbeiterinnenbewegung – in Geist und Sprache für heutige Leser/innen kaum erträglich – reagierte die bürgerliche Frauenbewegung. Gertrud Bäumer schrieb: „Wir Frauen sind in diesen Augustwochen in eine neue Welt getreten... Alle diese großen Tatsachen: das Einswerden, dies rauschende Zusammenfließen unserer Volkskraft in einem ehernen Willen, die heroische Stimmung unserer Truppen, die tausend kleinen Züge, in denen die große Gesinnung unseres Volkes sich zeigt: auf das alles antwortet unsere Seele... mit heiligen Schauern, die wir so groß, so bis in die Tiefe aufwühlend nicht kannten... In uns sprach, fühlte, wollte Deutschland, unsere persönliche Seele ging auf in der Seele unseres Volkes“ (7). Helene Lange äußerte sich ähnlich: „Das deutsche Volk sollte sich die hohe Freude an dem einmütigen Zusammenwirken von Männern und Frauen zur Größe unseres Vaterlandes nicht nehmen lassen. Die hohe Freude daran, dass alle Sonderinteressen schweigen, nun es gilt, die Nation durch die schwere Krisis hindurch zu bringen, die ihr der Neid und die Feindschaft anderer Völker bereitet haben“ (8).

Der Nationale Frauendienst

Die bürgerliche Frauenbewegung war verblüffend pünktlich zum Einsatz „an der Heimatfront“ gerüstet. Schon kurz vor Kriegsbeginn stand der vom Bund Deutscher Frauenvereine gegründete Nationale Frauendienst (NFD) bereit. Örtliche Gruppen wurden zunächst in den großen Städten, dann auch in kleineren gegründet. Das vom Bund Deutscher Frauenvereine frühzeitig für den Nationalen Frauendienst erstellte Arbeitsprogramm wurde überall so zügig umgesetzt, dass es den Anschein hatte, als hätten die Frauen darauf geradezu gewartet – oder, wie es Helene Lange in der ersten Kriegsausgabe der Zeitschrift „Die Frau“ ausdrückte: „Die mächtige Spannung des Wartens löste sich auf in den Anforderungen der Stunde.“

Die lokalen Gruppen des NFD knüpften zuerst Kontakte zu den Dienststellen kommunaler und sonstiger Behörden. Dort erhielten sie – den Datenschutz kannte damals noch niemand - alle Informationen über die Familien am Ort, besonders über jene, deren Ernährer Kriegsdienst leisteten, über die Zahl der zu versorgenden Kinder, über etwa vorhandene pflegebedürftige Kranke in den Haushalten und schließlich über kriegsversehrte heimgekehrte Soldaten, die aufgrund ihrer Verletzungen keiner Erwerbsarbeit nachgehen konnten. Für Frauen und Kinder von Soldaten wurde eine Kriegsunterstützung geschaffen, die höher lag als die dürftige, diskriminierend wirkende Armenunterstützung. Es gab Unterweisungen für den sinnvollsten Umgang mit rationierten Lebensmitteln, ergänzt durch „Kriegskochbücher“; es gab die Vermittlung von Heimarbeitsplätzen und die Einrichtung von Nähstuben; es gab Schwangeren- und Wöchnerinnenhilfe. In ihren Lebenserinnerungen berichtete Gertrud Bäumer von durchschnittlich 27.000 Frauen, die pro Woche bei den zahlreichen örtlichen Gruppen des Nationalen Frauendienstes Rat und Hilfe suchten.

Des Kriegskaisers Wort „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche“ (Wilhelm II. am 4. August 1914) schien sich unter anderem im größten Teil der deutschen Frauenbewegung zu erfüllen. Sie stellte nun politische, ideologische, religiöse Unterschiede zurück gegenüber „den Anforderungen der Stunde“. Konfessionelle Frauenverbände wie die Evangelische Frauenhilfe und der Deutsch-Katholische Frauenbund, die bewusst dem Bund Deutscher Frauenvereine nicht angehörten, arbeiteten jetzt mit im Nationalen Frauendienst, ebenso der Vaterländische Frauenverein, der dem Deutschen Roten Kreuz verbunden war. Und – erstaunlich genug – es wirkten im Nationalen Frauendienst während des Krieges auch Persönlichkeiten und Gruppen aus der Arbeiterinnenbewegung. Nur die Radikalen entzogen sich dieser Form des Dienstes am Nächsten.

Marie Juchacz

An dieser Stelle sei Marie Juchacz (1879-1956) erwähnt, eine der bedeutendsten Sozialdemokratinnen des reformpolitischen Flügels im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und spätere wichtige Persönlichkeit im Exil. Sie hatte, wie sehr viele politisch aktive Frauen aus der Arbeiterbewegung, zunächst den typischen Lebenslauf eines Proletarierkindes. Als Tochter eines verarmten, ehemals selbstständigen Handwerkers verdingte sie sich nach kurzer Schulzeit als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin in Wechselschichten, Krankenwärterin in einer damals so genannten Irrenanstalt, Näherin. Nur kurz verheiratet und Mutter zweier Kinder, ging Marie Juchacz mit ihrer zehn Jahre jüngeren Schwester Elisabeth von ihrer Heimatstadt Landsberg an der Warthe nach Berlin. Dort erwarteten die beiden Frauen mehr politische Freizügigkeit und bessere Verdienstmöglichkeiten. Erste Politisierung hatten die Schwestern durch den älteren Bruder erfahren und sich dann ständig, vor

allem lesend, politisch fortgebildet. In Berlin engagierten sie sich bald nach ihrer Ankunft in der Arbeiterinnenbewegung, noch ehe Frauen „politischen Vereinen“ angehören durften, also unter den Bedingungen der Illegalität. Luise Zietz erkannte Marie Juchacz' politische und rhetorische Begabung, förderte sie und empfahl sie als Parteisekretärin für die Obere Rheinprovinz, ein geographisch riesiges, weitgehend katholisch geprägtes Gebiet, in dem sie das dort sehr schwierige Feld der politischen Frauenarbeit zu beackern hatte. Köln wurde neuer Wohnort und Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten.

Im Rheinland ereilte Marie Juchacz die Nachricht vom Beginn des Ersten Weltkriegs. Bis zuletzt hatte sie gehofft, „dass der Krieg nicht kommen könnte. Wenn doch ein ganzes Volk sich dagegen wehrt?“ (9). Aber das ganze Volk wehrte sich eben nicht. Marie Juchacz trug schwer mit an der Last, die viele Sozialisten durch das Ja der SPD-Reichstagsfraktion bei der ersten Abstimmung über die Kriegskredite empfanden. Eine der nächsten Abstimmungen über diese Frage hatte die Parteispaltung zur Folge. Clara Zetkin und Luise Zietz verloren ihre Parteiämter. Marie Juchacz trat 1917 die Nachfolge beider an – nicht freudig, sondern als eine Sozialdemokratin, die sich von Friedrich Ebert, der August Bebel nach dessen Tod im SPD-Vorsitz gefolgt war, in die Pflicht hat nehmen lassen. Sie war nun, wieder in Berlin, als Parteivorstandsmitglied und als Herausgeberin der „Gleichheit“ verantwortlich für die gesamte politische Frauenarbeit der SPD.

Sozialdemokratische Kriegsfürsorge

Die inhaltliche Richtung der Fürsorgetätigkeit im Krieg war den Frauen der Arbeiterbewegung durch den gemeinsamen Aufruf von SPD-Parteivorstand und Generalkommission der Gewerkschaften im August 1914 vorgegeben worden: Konzentration auf die Kriegsfürsorge. Auf diesem Feld war die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Frauenbewegung nun kein Tabubruch mehr. Soziale Tätigkeit war Notwendigkeit – je besser organisiert, desto effizienter. Neun Millionen Männer waren, um ein Beispiel zu nennen, im Jahr 1915 zum Kriegsdienst eingezogen; etwa die Hälfte von ihnen hatte Frau und Kinder. Sie waren ohne Ernährer; ihnen musste geholfen werden.

Politisch engagierte Frauen aus der Arbeiterbewegung konnten bei der Fürsorgetätigkeit auf Erfahrungen zurückgreifen, die den Bürgerlichen fehlten. Noch aus der Zeit des Verbots der deutschen Sozialdemokratie, 1878 bis 1890, sowie vor allem aus den Jahren des politischen Vereinigungsverbots für Frauen, bis 1908, waren Sozialistinnen gut vernetzt, wie wir heute sagen würden, und zwar ohne Telefon und Internet. Um beide Verbote zu umgehen, hatte die Arbeiterinnenbewegung in vielen Orten Vertrauenspersonen eingesetzt und Tarngruppierungen gegründet, wie Lesezirkel oder Nähstuben. Tatsächlich wurde dort gelesen und genäht. Der eigentliche Zweck der Zusammenkünfte aber bestand in politischer Aufklärung über die Zusammenhänge von eigener, meistens ärmlicher Lebenswelt und der diese Lebenswelt bestimmenden Wirtschaftsmacht von Unternehmern. Zudem hatten viele dieser Frauen während der Vorkriegszeit in so genannten Kinderschutzkommissionen gearbeitet. In ihnen hatten ehrenamtlich Tätige die Einhaltung eines 1904 beschlossenen Kinderschutzgesetzes überwacht, das unter anderem Kinderarbeit verbot. Dabei schauten die Frauen in die Familien hinein, lernten deren Lebenssituation kennen und verstanden nun, dass und warum manche Eltern aus dem Proletariat lieber die eigenen Kinder ausbeuteten als die lediglich gewährte, nicht aber gesetzlich ihnen zustehende Armenunterstützung zu beantragen. Marie Juchacz konnte auf diesen Kontakten aufbauen, als sie während des Ersten Weltkriegs anfangs in Köln, dann in der Hauptstadt Beratungsstellen für Soldatenfamilien initiierte, Hauspflege für Kranke und Invaliden, die Einrichtung von Kindergärten zur

Entlastung der Mütter, später die Eröffnung von Volksküchen, Suppenanstalten und Wärmehallen. Sogar die auch von den Bürgerlichen geschaffenen Möglichkeiten für Erwerbstätigkeit in der vormals bekämpften Heimarbeit forderte und förderte sie, weil nur Heimarbeit vielen Müttern von kleinen Kindern das Geldverdienen ermöglichte – zum Beispiel als Näherinnen für die Armee. Marie Juchacz hatte vorher mit dem Verband der Schneider und Wäschenäherinnen höhere Löhne für die Heimarbeiterinnen ausgehandelt als manche Fabrikanten zu zahlen gewöhnt waren. Sie wusste, wie wertvoll dieser kleine Sieg war; sie hatte ihren Lebensunterhalt ja selbst als Näherin in Heimarbeit verdienen müssen. Deshalb war sie auch davon überzeugt, dass später zu besten Sozialarbeiterinnen nicht Frauen aus dem Bürgertum, sondern solche Frauen ausgebildet werden sollten, die ihre Wurzeln selbst im Milieu der Hilfsbedürftigen gehabt hatten.

Frauen als Reservearmee

Doch alle diese Bemühungen konnten das Kriegselend nur geringfügig mindern. Der berühmte „Steckrübenwinter“ 1916/17, die immer schlechter gewordene Versorgungslage unter anderem in Folge des verstärkten U-Boot-Krieges sowie sich mehrende militärische Niederlagen der deutschen Truppen leiteten eine Hungersnot ein, welche die zunehmende Erschöpfung und die Kriegsmüdigkeit in großen Teilen der Bevölkerung beschleunigten. Nachdem Ende 1916 ein „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ erlassen worden war, kam es zu einem vom Staat organisierten Einsatz von Frauen in der Kriegswirtschaft. Die vielen Männer an der Front, die vielen getöteten Soldaten mussten in den Fabriken ersetzt werden, damit die heimische Wirtschaft, darunter besonders die Rüstungsindustrie, nicht gänzlich zusammenbrach. Die Dimensionen des verstärkten Einsatzes von Frauen in der Kriegswirtschaft macht das Beispiel Krupp anschaulich: Bei der Firma waren vor dem Ersten Weltkrieg wechselnd zwischen zwei- und dreitausend Frauen beschäftigt. Am Beginn des letzten Kriegsjahres waren es 28.000.

Zwar wurden Frauen nicht zur Fabrikarbeit gezwungen; aber es wurde eine so genannte Frauenarbeitszentrale eingerichtet. Mit der Leitung dieser Behörde wurde Marie-Elisabeth Lüders (1878-1966) betraut, als Dr. phil. eine der wenigen akademisch ausgebildeten Frauen zu damaliger Zeit. Aber sie hatte auch praktische Erfahrungen auf sozialpolitischem Gebiet gesammelt, unter anderem als in den Jahren 1914/15 Verantwortliche für die Kriegsfürsorgestelle in Berlin-Charlottenburg. Unter Lüders' Leitung gelang es mit Hilfe der Militärbehörden in sehr kurzer Zeit, alle erwerbsfähigen Frauen zu erfassen, viele weitere Fürsorgestellen einzurichten, eine Gewerbeaufsicht zu installieren und so genannte Fabrikpflegerinnen einzustellen. Manche sozialpolitische Errungenschaft, um welche die Frauenbewegung vor dem Krieg vergebens gekämpft hatte, wurde plötzlich zügig durchsetzbar. Kriegsrealität war aber auch: Abschaffung des gesetzlichen Arbeitsschutzes schon bei Kriegsbeginn, Überstunden und Nachtarbeit auch für Frauen, sinkende Reallöhne bei gleichzeitigen Preiserhöhungen, Hunger und Krankheiten, wilde Streiks von Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie, Verschärfung der Klassengegensätze und: Aufhebung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.

Die Sprache, in der Marie-Elisabeth Lüders „das industrielle Frauenheer im Kampf“ beschrieb, ist allerdings verstörend militaristisch: „Wer die Arbeit all dieser Frauen in Staub und Hitze, bei Kälte und Regen, zu jeder Tages- und Nachtzeit... beobachtete, wird sie niemals vergessen. Soviel körperliche und seelische Volkskraft sie auch zerstörte, es durfte ihr doch niemand in den Arm fallen, denn in ihr lag die Verteidigung des Vaterlandes“ (10). Schon vor

dem Kriegsende zeichnete sich allerdings ab, dass sich die Frauen nach Rückkehr ihrer Männer in die alten Rollen würden zurück drängen lassen.

Ausblick: erste Parlamentarierinnen

Unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs beschloss der Rat der Volksbeauftragten unter anderem das gleiche, geheime, direkte, allgemeine Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten Frauen und Männer. Ausgeübt wurde es zum ersten Mal bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar 1919.

Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ veröffentlichte auf dem Titelblatt ihrer Ausgabe vom 9. März 1919 ein Foto, das zwei sehr warm bekleidete Frauen auf einem tief verschneiten Platz stehend zeigt. Die Frauen blicken ernst in die Kamera des Fotografen Braemer. Die Bildunterschrift lautet: „Zwei Schwestern, Abgeordnete der Nationalversammlung. Frau Marie Juchacz und Frau Elisabeth Röhl (Mehrheits-Soz. Partei) in Weimar.“ Marie Juchacz und ihre Schwester waren also Mitglieder des ersten frei gewählten deutschen Parlaments geworden. Und Juchacz war die erste Frau, die in diesem Parlament – das war die Verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar – das Wort ergriff. Selbstbewusst erklärte sie: „Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volk sprechen darf... Ich möchte hier feststellen, ... dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa... Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit; sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist“ (11).

In dieser ersten Parlamentsrede umriss Marie Juchacz bereits, wie sie sich die politische Arbeit der Frauen vorstellte: „Die gesamte Sozialpolitik... wird im weitesten Sinne Spezialgebiet der Frauen sein“, weil dieser Bereich Aufgaben enthalte, „an denen das weibliche Geschlecht ganz besonders interessiert ist und für welche es ganz besonders geeignet ist“ (12). Hier bezog sich die Abgeordnete auch auf die Erfahrungen, die Frauen in der Kriegsfürsorge gesammelt hatten. Es ist später, besonders innerhalb der zweiten deutschen Frauenbewegung in den 1970er Jahren, heftig und kontrovers darüber diskutiert worden, ob diese erste in einem deutschen Parlament von einer Frau gehaltene Rede die Arbeit von weiblichen Abgeordneten inhaltlich auf Dauer in eine Richtung gelenkt hat, die Frauen in der Politik einzig das Hegende, Pflegende, Umsorgende zuwies... Marie Juchacz blieb jedenfalls von der überragenden Kompetenz der Frauen auf diesem Gebiet überzeugt und gründete deshalb im Dezember 1919 die inzwischen 90jährige Arbeiterwohlfahrt.

Juchacz gehörte bis zum SPD-Verbot durch die Nazis allen Reichstagen der Weimarer Republik an. Abgeordnete in Nationalversammlung und Reichstag war unter den hier erwähnten Frauen auch Luise Zietz als USPD-Mitglied. Clara Zetkin war der eben erst gegründeten KPD beigetreten und vertrat die Kommunisten, obwohl sie überwiegend in Moskau lebte, von 1920 bis 1933 im Reichstag. Gertrud Bäumer hatte sich der Deutschen Demokratischen Partei, einem Vorläufer der späteren FDP, angeschlossen und gehörte der Nationalversammlung wie auch dem Reichstag von 1919 bis zum Machtantritt der Nazis an. Da sie dem Regime trotz einer gewissen Affinität zum Nationalsozialismus als unerwünscht galt, begann sie ihre Karriere als Schriftstellerin, konnte aber interessanterweise bis 1944 die Zeitschrift „Die Frau“ weiter herausgeben.

Mit dem besonders langen, bis weit in die Zeit der Bundesrepublik hinein reichendem Politikerinnen-Leben von Marie-Elisabeth Lüders schien sich

ein Kreis zu schließen: Wie Bäumer war sie Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und gehörte ab 1919 sowohl der Verfassunggebenden Nationalversammlung als auch allen Reichstagen bis 1932 an. Und – hier sei ein Vorgriff auf die spätere Geschichte gestattet - nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie als FDP-Mitglied Stadtverordnete in Berlin. Dort erwarb sie auf sozialpolitischem und administrativem Gebiet besonders große Verdienste, denn sie war nach dem Kriegsende für die gesamte Sozialpolitik der Stadt zuständig, auch während der Berliner Blockade. Und damit schloss sich ein anderer Kreis: Im ersten Blockade-Halbjahr war die Sozialdemokratin Louise Schroeder (1887-1957) Oberbürgermeisterin in Berlin, weil die Wahl Ernst Reuters in dieses Amt von der sowjetischen Militärbehörde nicht anerkannt wurde. Zwei Frauen hatten in der Stadt also die wichtigsten und schwierigsten Ämter inne, die damals zu vergeben gewesen waren. Sie kannten einander schon lange, denn, wie Lüders, hatte auch Louise Schroeder, allerdings als SPD-Abgeordnete, von 1919 bis 1933 Nationalversammlung und Reichstag angehört. Doch die beiden Frauen trafen sich nicht nur in Berlin wieder, sondern auch im Parlament der zweiten deutschen Republik. Marie-Elisabeth Lüders war Bundestagsabgeordnete von 1953 bis 1961, Louise Schroeder von 1949 bis zu ihrem Tod 1957. Von diesem Jahr an war Lüders übrigens Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages.

Antje Dertinger (Juni 2009)

Quellen:

- 1) Helene Stöcker: „Die Ziele der Mutterschutzbewegung“ in: „Die Liebe und die Frauen“, Minden 1906
- 2) Leipzig 1901, Reprint Bonn/Berlin 1979
- 3) Flugblatt „Grundsätze und Forderungen“, Helene-Lange-Archiv, zit. nach Ute Gerhard: „Unerhört – die Geschichte der deutschen Frauenbewegung“, Reinbek 1990
- 4) Minna Cauer in „Die Frauenbewegung“ Nr. 1, 1899
- 5) Zitiert nach Susanne Miller in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Hg.: „Marie Juchacz – Leben und Werk“, Bonn 1979
- 6) Zitiert nach Anneliese Monat: „Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege – Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt“, Stuttgart 1961
- 7) Gertrud Bäumer: „Der Krieg und die Frauen“, Stuttgart/Berlin 1914
- 8) Helene Lange in der Zeitschrift „Die Frau“, 1913/14
- 9) Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Hg.: „Marie Juchacz – Leben und Werk“, Bonn 1979
- 10) M.-E. Lüders: „Das unbekannte Heer – Frauen kämpfen für Deutschland 1914-1918“, Berlin 1936, zitiert nach U. Gerhard a.a.O.
- 11) zitiert nach Antje Dertinger: „Die bessere Hälfte kämpft um ihr Recht“, Köln 1980
- 12) A. Dertinger, a.a.O.